

GUTACHTEN KÜNSTLICHE INTELLIGENZ IN DER JURISTISCHEN AUSBILDUNG

**13. Bundesfachschaftentagung Köln
2024**

Workshop Nr. 1

Johanna Oswald
Laura Regenberg

BRF

**Bundesverband
rechtswissenschaftlicher
Fachschaften e.V.**

Inhaltsverzeichnis

A.	Einleitung	1
B.	Was ist KI?	2
I.	Definition	2
1.	Wissensbasierte Systeme	2
2.	Maschinelles Lernen	2
3.	Deep Learning und neuronale Netze	3
II.	Anwendungen von KI	3
1.	Bereits umgesetzte Anwendungen	4
2.	Realisierbare Anwendungen	4
3.	Unrealistische Anwendungen	6
III.	Zusammenfassung	6
C.	KI in der juristischen Arbeitswelt	8
I.	Staatliche Justiz	8
1.	Massenverfahren	8
2.	Strafjustiz	9
II.	Justiz in der freien Wirtschaft	10
1.	Verbesserung der Mandantenarbeit	10
2.	Steigerung der Effektivität und Produktivität	11
D.	Grenzen von KI	13
I.	Ethische Grenzen	13
1.	Achtung der menschlichen Autonomie	13
2.	Schadensverhütung	13
3.	Fairness	14
4.	Erklärbarkeit	14
5.	Konkurrenzen	15
II.	Rechtliche Grenzen	15
1.	KI-Gesetz der EU	15
2.	Nationales Recht	16
E.	KI in der Lehre	18
I.	Studieren mit KI	18
1.	Eigener Studiengang KI	18
2.	KI im Jura-Studium	19
II.	KI als fester Bestandteil des Jura-Studiums	23
F.	Chancen und Risiken	24

I.	Vorteile einer Juristischen Ausbildung mit KI	24
1.	Für die Studierenden.....	24
2.	Für die Lehrenden.....	24
II.	Nachteile einer Juristischen Ausbildung mit KI.....	24
1.	Für Studierende	25
2.	Für Lehrende	25
III.	Konkurrenzen	26
1.	Lernmethoden.....	26
2.	Wettbewerbsfähigkeit.....	26
3.	Konkurrenzfähigkeit	27
4.	Ethik und Verantwortung.....	27
G.	Fazit	28

A. Einleitung

„Künstliche Intelligenz ist eine große Transformation und Veränderung im Hinblick auf die Art und Weise, wie wir digitale Möglichkeiten nutzen können“. Dieses Zitat stammt von Bundeskanzler Olaf Scholz auf der Klausurtagung des Bundeskabinetts in Meseberg im August 2023. Nicht nur in der Forschung, sondern auch in der Wirtschaft gliedert sich der Einsatz von Künstlicher Intelligenz, kurz KI, nachhaltig in die Gesellschaft ein.¹

KI berührt die Menschen in allen Gesellschaftsschichten. Beinahe jeder hat bereits von ChatGPT gehört, mit ChatGPT gearbeitet oder es zumindest einmal ausprobiert. Auch Menschen aus juristischen Berufen oder in der juristischen Ausbildung liegt es nicht fern, sich möglicherweise mal eine Antwort auf eine juristische Frage von der künstlichen Intelligenz beantworten zu lassen. Wer den Versuch wagt merkt allerdings schnell: die juristischen Kenntnisse der KI lassen zu wünschen übrig.

Das wirft die Frage auf, ob künstliche Intelligenz überhaupt einen berechtigten Platz in der juristischen Arbeitswelt haben kann. Es gibt mittlerweile durchaus Systeme, die eine unterstützende Funktion für die Ausübung juristischer Tätigkeiten hat. Daraus ergibt sich allerdings die Folgefrage, ob dafür Kenntnisse notwendig sind, die in der juristischen Ausbildung nur bedingt bzw. keinen Platz finden.

Setzt man sich mit dieser Frage auseinander, findet man sich vor einem Meer an Folgefragen, wie der nach den zu vermittelnden Kompetenzen, dem Umfang, der Verortung in der Ausbildung, der Überprüfbarkeit, den ethischen und rechtlichen Problemen und der Nutzung von KI als Hilfsmittel.

Das folgende Gutachten sowie der darauf aufbauende Workshop sollen die oben genannten Kernfragen beleuchten und zumindest eine studentische Einschätzung liefern, ob KI in der juristischen Ausbildung vermittelt werden soll.

¹ Offizielle Website der Bundesregierung, Veröffentlichungsdatum unbekannt, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/digitalisierung/kuenstliche-intelligenz/bundesregierung-staerkt-ki-2224174>

B. Was ist KI?

I. Definition

Eine allgemein gültige Definition für Künstliche Intelligenz existiert nicht. Der Begriff beschreibt sämtliche Programme und Systeme, welche in der Lage sind, eigenständig Probleme zu lösen. Zu beachten gilt allerdings, dass diese grundlegend noch dem Begriff der lernenden Systeme und damit der „schwachen künstlichen Intelligenz“ unterfallen. Als starke künstliche Intelligenz wären aus der ScienceFiction bekannten Systeme einzuordnen. KI lässt sich in drei wesentliche Anwendungsformen unterteilen. Diese bilden sich im Wesentlichen auch in Artikel 3 Nr. 1 iVm Anhang 1 des Entwurfs der EU für die KI-Verordnung von 2021 ab².

1. Wissensbasierte Systeme

Expertensysteme setzen bereits eine Wissensbasis voraus. Dabei stellt diese nicht nur die Daten an sich, sondern auch deren Zusammenhänge dar. Auf Grundlage dieser sind sie in der Lage, Daten auszuwerten. Dabei gibt es komplexere Ausführungen, die aus den gefütterten Daten erste Schlüsse ziehen können, sowie einfachere Ausführungen, die eine simple Wenn-Dann-Regel oder lediglich einen großen Wissensbestand beinhalten. Problematisch ist bei solchen Systemen, dass sie einen hohen Pflegeaufwand haben und nicht eigenständig in der Lage sind, eine Sortierung der Daten in ein Schema vorzunehmen.³

2. Maschinelles Lernen

Die Basis des maschinellen Lernens bilden statistische Methoden und mathematische Logik. Das Ziel solcher Systeme ist es, Muster zu erkennen und aufgrund dieser Prognosen zu erstellen. Voraussetzung ist das Training der Systeme mit Daten. Der Mensch muss dem System konkrete Vorgaben machen, nach welchen Kriterien die Daten sor-

² Europäische Kommission, Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für Künstliche Intelligenz (Gesetz über Künstliche Intelligenz) und zur Änderung bestimmter Rechtsakte der Union, Brüssel, 21.04.2021, COM(2021) 206 final, 2021/0106(COD), online: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52021PC0206&from=DE>

³ Alexander Thamm GmbH, Data Science Glossar, „Wissensbasierte Systeme“, <https://www.alexanderthamm.com/de/data-science-glossar/wissensbasierte-systeme/>

tiert werden sollen. Maschinelles Lernen ist dann in der Lage, durch die Mustererkennung und gesammelten Erfahrungswerte noch nicht berücksichtigte Punkte zu prognostizieren und hinzukommende Daten eigenständig zu sortieren. Je länger die Auswertung stattfindet, desto präziser kann das System Prognosen aufstellen.⁴

3. Deep Learning und neuronale Netze

Das Deep Learning, das durch die Verwendung neuronaler Netze funktioniert, gehört eigentlich zu den Systemen des Maschinellen Lernens. Es besitzt die Fähigkeit der Bilderkennung, hat Textverständnis und ist entscheidungsfähig. In ihrer Konzeption nähert es sich dem biologischen neuronalen Netz des Menschen an.

Die Daten werden extrahiert und analysiert, um im Anschluss eine Prognose zu geben. Wie bei den Systemen des maschinellen Lernens wird vorangehend das Training mit Daten vorausgesetzt. Das Deep Learning ist dabei auf größere Datenmengen mit unstrukturierter Datenkultur ausgerichtet. Deep Learning kann im Gegensatz zu klassischem maschinellem Lernen auch diese unstrukturierten Daten einordnen und in die Prognose mitaufnehmen.⁵

II. Anwendungen von KI

Künstliche Intelligenz findet in den unterschiedlichsten Bereichen Anwendung. Die Justiz profitiert wegen ihrer umfassenden Menge an Texten dabei in erster Linie von sprachlichen Verarbeitungsmethoden. Daraus ergibt sich auch die Möglichkeit, fremdsprachige Texte miteinzubinden durch Übersetzungsmethoden, was beispielsweise für rechtsrelevante Texte der EU sehr vorteilhaft ist. Hier zeigt sich auch die begriffliche Ausdehnung, die die Künstliche Intelligenz im Laufe der Zeit erfahren hat. So können bereits einfach programmierte Systeme, wie beispielsweise Suchmaschinen, unter den Begriff der KI subsumiert werden. Das hat zur Folge, dass man sich bei der Suche nach einer Definition für Künstliche Intelligenz nicht nur mit den wissenschaftlichen Errungenschaften bis heute, sondern auch oder sogar vor allem mit den zukünftigen Einsatzmöglichkeiten konfrontiert sieht.

⁴ Vgl Ausführungen SAP, <https://www.sap.com/germany/products/artificial-intelligence/what-is-machine-learning.html>

⁵ Laurenz Wuttke, datasolut GmbH: „Deep Learning: Definition, Beispiele & Frameworks“, <https://datasolut.com/was-ist-deep-learning/>

Nachfolgend wird also betrachtet, wo KI bereits Anwendung findet, welche Möglichkeiten in naher Zukunft realistisch scheinen und welche Ansätze nach aktuellem Stand noch nicht realisierbar sind.

1. Bereits umgesetzte Anwendungen

Da wie oben beschrieben der Begriff der künstlichen Intelligenz weit gefasst ist, zählen auch viele technische Innovationen zu den Erfolgen der KI. Dazu gehören unter anderem Suchmaschinen, automatisierte Sprach- und Texterkennung und maschinelles Übersetzen. Im juristischen Anwendungsbereich der KI sind besonders die E-Akte, das E-Discovery-System, Informationsextraktion sowie Textähnlichkeit zu nennen.

Die Verwaltung der E-Akte, also einer elektronischen Datenbank für Fallakten, ist angelehnt an das Prinzip der Suchmaschinen, wodurch sich aus einem großen Datensatz (den Fallakten), eine oder mehrere spezifische benötigte Dokumente extrahieren lassen.

Das E-Discovery-System wird besonders im Rahmen von Wirtschaftsstrafverfahren relevant. Es hilft bei der Überprüfung der Masse an Dokumenten, indem es beispielsweise Schreibweisen vergleicht oder das Vorkommen bestimmter Namen ausgibt. Das erleichtert die Einsicht der Akten und ermöglicht eine erste Sortierung nach Priorität.

Informationsextraktion dagegen spezialisiert sich besonders auf das Aussondern spezieller Daten aus einem Dokument. Die Ermittlung von Textähnlichkeit hat zum Ziel, die Dokumentenmasse auf strukturell ähnliche Dokumente zu überprüfen.

Die oben angeführten Beispiele geben einen ersten Hinweis darauf, wie KI einen Nutzen für die Justiz generieren kann. Im Fokus steht dabei immer die Verarbeitung und tiefgehende Analyse größerer Textmengen. Die KI in ihrem aktuellen Stand wird bisher also als sprachanalytisches und weniger als entscheidungskompetentes Hilfsmittel genutzt.

2. Realisierbare Anwendungen

a. Anonymisierung von Texten

In naher Zukunft könnte ein funktionstüchtiges System zur Anonymisierung von Texten möglich sein. Die Herausforderung liegt darin, die zu anonymisierenden Faktoren zu

erkennen. Ein deutsches Forschungsprojekt ist beispielsweise „Medinym“, das speziell auf die Anonymisierung von Patientenakten untersucht. Dabei kommen nicht nur Text- sondern auch Sprachdateien zum Einsatz, wobei durch das Entfernen empfindlicher Informationen eine bessere Verarbeitung sensibler Datensätze ermöglicht werden soll.⁶ Zudem wird im Deutschen Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz bereits an einem sogenannten „SAIDE“-System gearbeitet, also einer systemischen KI für Entscheidungsunterstützung für Unternehmen. Der Leiter des Projekts, Prof. Dr. Carsten Binnig, beschreibt dieses Projekt allerdings als besonders zeitintensiv, da die Strukturen eines solchen Systems von Grund auf neu erstellt werden müssen.⁷

b. Chatbots

Denkbarer ist eine Einbindung von Chatbots in die Rechtsberatung sowie zur Entlastung der Rechtsantragsstellen. Das Bundesjustizministerium hat dazu im Januar 2021 eine Machbarkeitsstudie veröffentlicht. Das Ergebnis der Studie zeigt, dass ein Chatbot für Rechtsantragsstellen ein besonderes Erfordernis an juristischen Kenntnissen hat. Darüber hinaus könnte sich auch ein Problem hinsichtlich der Akzeptanz durch die Nutzer ergeben. Die Produktivität immerhin könnte sich durch Einführen eines Chatbots durchaus steigern, was in einem effizienteren Workflow resultieren würde.⁸

c. Online-Klagen

Ebenfalls aktuell ist die Diskussion um Online-Klagen. Gibt man in der Suchmaschine den Begriff ein, erhält man sofort eine Vielzahl an Websites, die eine Vermittlung des Anliegens an einen Anwalt durchführen, welcher dann in den nächsten Schritten eine Rechtsberatung durchführt. Das Konzept der Onlineklage ist allerdings, dem Nutzer Schritt für Schritt zu einer digitalen Klageschrift zu verhelfen. Ein solches Projekt soll

⁶ Vgl dazu Website des DFKI, <https://www.dfki.de/web/forschung/projekte-publikationen/projekt/medinym#:~:text=Ziele%20und%20Vorgehen%20Das%20Projekt,der%20empfindlichen%20Informationen%20mittels%20Anonymisierung>.

⁷ Prof. Dr. Carsten Binnig, DFKI, <https://www.dfki.de/web/forschung/forschungsbereiche/systemische-ki-fuer-entscheidungsunterstuetzung>

⁸ Vgl dazu BMJ, Machbarkeitsstudie für die Entwicklung eines Chatbots für die maschinengestützte Aufnahme von Anträgen in den Rechtsantragstellen, 22.01.2021, https://www.bmj.de/SharedDocs/Downloads/DE/Fachpublikationen/Chatbot_Rechtsantraege_Machbarkeitsstudie.html

Mitte 2024 von der Digitalstrategie Deutschland veröffentlicht werden.⁹ Es gibt allerdings Überlegungen des Bundesjustizministeriums, auch Anwälte in das Programm miteinzubinden.

Es lässt sich also festhalten, dass die aktuellen Forschungsprojekte mit juristischer KI zwar bereits angelaufen sind, es allerdings noch keine aussagekräftigen Daten darüber erhoben sind, wie effektiv und nutzerfreundlich diese Programme sind. Auch die europäische Rechts-KI Noxtua, die im Februar 2024 ihren Launch erlebte, befindet sich aktuell noch in der Anlaufphase. Die KI wurde von dem Berliner Start-up Xayn in Kooperation mit der Wirtschaftskanzlei CMS konzipiert und soll im Wesentlichen sämtliche bereits umgesetzte Anwendungen in einer KI vereinen.¹⁰ Der Boom an KI-Startups, der seit dem Launch der KI ChatGPT im November 2022 herrscht, stimmt hinsichtlich Innovationen auf diesem Themengebiet optimistisch. Die Effektivität der Programme bleibt nichtsdestotrotz zu erproben.

3. Unrealistische Anwendungen

Wer sich mit KI auseinandersetzt, erkennt schnell, dass der aktuelle Stand der KI nicht dem entspricht, was in ScienceFiction Filmen oftmals dargestellt wird. Wie oben beschrieben, befinden sich alle Systeme im Stadium der schwachen KI. Das heißt zwar, dass sie in der Lage sind zu lernen, allerdings immer unter dem Aspekt, für den Menschen nützlich zu sein. Im Folgenden sind ein paar Beispiele genannt, welche Anwendungsformen juristischer KI nach aktuellem Forschungsstand keine Zukunft haben: Entscheidungsvorhersage, umfassende Kenntnisse juristischen Wissens, eigenständige Subsumtion, Definieren unbestimmter Rechtsbegriffe, interaktiver Dialog über juristische Themen.

III. Zusammenfassung

Um die Frage zu beantworten, was KI eigentlich ist, wird zunächst nach einer allgemeingültigen Definition gesucht. Diese lässt sich zusammenfassen als sämtliche Programme und Systeme, welche in der Lage sind, eigenständig Probleme zu lösen. Zusätzlich ist dann

⁹ Digitalstrategie Deutschland, Einfacher Zugang zum Recht – mit dem zivilgerichtlichen Online-Verfahren, <https://digitalstrategie-deutschland.de/zivilgerichtliches-online-verfahren/>

¹⁰ CMS, <https://cms.law/de/deu/news-information/launch-der-europaeischen-rechts-ki-noxtua>

nach wissensbasierten Systemen, maschinellern Lernen und Deep Learning zu unterscheiden. Es ist außerdem festzustellen, dass KI ein Begriff ist, der mittlerweile flächendeckend für viele Anwendungen ist. Dabei sind aktuell besonders aus juristischer Sicht die Verarbeitung von Text und Sprache von Nutzen. Zukünftig könnten aber auch teils beratende Systeme, teils umfassendere Textverarbeitungssysteme Menschen in juristischen Berufen entlasten.

C. KI in der juristischen Arbeitswelt

Obgleich KI schon jetzt viele verschiedene Anwendungen für Juristen bietet (siehe oben), unterscheiden sich die Anforderungen nach den Einsatzgebieten der Juristen. So benötigen beispielsweise Staatsanwälte im Wirtschaftsstrafverfahren eine umfassende Analyse mit dem E-Discovery-System, während Anwälte in Kanzleien eher Bedarf nach Informationsextraktion haben. Die unterschiedlichen Bedürfnisse der Juristen sollen im Folgenden dargestellt werden, wobei der Fokus auf den Hauptbereichen juristischer Arbeit liegt.

I. Staatliche Justiz

Die Arbeit mit künstlicher Intelligenz trägt maßgeblich zum Digitalisierungsprozess von Gerichten bei. Dabei wird besonders der Schriftverkehr mit den Mandanten in ein sicheres digitales System eingebettet, wo auch Akten ausgetauscht werden können. Die E-Akte findet ebenfalls immer häufiger Verwendung in Staatsanwaltschaft und Gericht.¹¹ Der KI soll allerdings nie eine entscheidende Rolle zukommen. Vielmehr soll sie als Verwaltungsassistentin der Richter einen zeitsparenden Effekt haben, damit diese den Fokus auf die Kernaufgaben, vor allem der Entscheidungsfindung, legen können.

1. Massenverfahren

Ein großes administratives Problem der deutschen Gerichte sind derzeit die Massenverfahren zu den Fluggastrechten und im Dieselskandal. In den Gerichten gehen viele Schriftsätze ein, alle mit demselben Anliegen, alle mit hoher Seitenzahl. Die Richter mussten diese bisher einzeln einsehen und manuell in Fallgruppen sortieren.

Seit November 2022 unterstützt das Programm „OLGA“ (OberLandesGerichtsAssistent) die Dieselsenate, indem er die Schriftsätze analysiert und die Sortierung in die Fallgruppen übernimmt. Dabei werden Anträge, das erstinstanzliche Urteil, der Tatbestand und die Berufungsgründe sowie Berufungserwiderung nach Angaben zu den betroffenen Fahrzeugen durchsucht und schließlich auf Basis dieser vom Richter festgelegten Faktoren eingeordnet. Die Benutzeroberfläche ähnelt einer Suchmaschine und enthält sogar die Möglichkeit, ein

¹¹ KI als Richter, Pirmin Gersbacher, WiSe 19/20, https://www.ai.hdm-stuttgart.de/downloads/student-whitepaper/Winter-1920/KI_als_Richter.pdf

Musterdokument für einen Beschluss mit den ausgewählten Variablen zu füllen und innerhalb weniger Minuten und mit wenig Aufwand einen fertigen Beschluss zu produzieren.¹²

Ein ähnliches Modell zur Bearbeitung von Massenverfahren zu Fluggastrechten existiert seit 2021 in Frankfurt. „FRAUKE“ (FRANKfurter Urteils-Konfigurator Elektronisch) wurde zunächst anhand bereits abgeschlossener Fallakten geprüft. Durch die umfassende Schriftsatzanalyse ist FRAUKE in der Lage, die Richter mit einem Urteilsentwurf aus vorgefertigten Textbausteinen zu unterstützen. Das Justizministerium Hessen führt seit August 2023 außerdem das Pilotprojekt „Codefy“ zur Erfassung, Aufarbeitung und Strukturierung ausführlicher Fallakten. Das Projekt soll ähnlich wie FRAUKE mit Textbausteinen versorgt werden, um entscheidungsvorbereitende Leistungen zu erbringen.¹³

Alle Systeme sind merkfähig. Das heißt, sie können aus vorangegangenen Nutzungen erkennen, welche Parameter in einem Dokumenttyp relevant sind und gezielt nach diesen im neuen Dokument suchen. Es handelt sich damit um Formen maschinellen Lernens.

2. Strafjustiz

Wie bereits oben angeführt, finden auch Staatsanwälte bei Wirtschaftsstrafverfahren Verwendung für KI. Aber auch andere Abteilungen der Staatsanwaltschaft nutzen die Vorteile künstlicher Intelligenz, auch um Ermittlungen voranzutreiben oder Prognosen beispielsweise zur Rückfälligkeit von Straftätern zu erstellen.

In den USA gibt es dazu bereits erste Studien. Problematisch an diesen Studien ist allerdings, dass sie ein hohes Diskriminierungspotenzial aufweisen. Die Ergebnisse basieren es auf sogenannten Proxy-Variablen, also Variablen, die Eigenschaften messen, welche regelmäßig nicht vertretbar in die direkte Analyse miteinfließen¹⁴. So kann über die Herkunft eines Täters kein Schluss auf seine Rückfälligkeit geschlossen werden. Eine korrekte Prognose kann unter Berücksichtigung dieser Fehlerquellen nicht erwartet werden.¹⁵

¹² "OLGA", "FRAUKE" & Co in der Justiz: Was kann KI an den Zivilgerichten? . In: Legal Tribune Online, 14.07.2023, https://www.lto.de/persistent/a_id/52249/ (abgerufen am: 19.05.2024)

¹³ KI-Projekt „Codefy“ am Landgericht Frankfurt gestartet, Justizministerium Hessen, Adina Murrer, 31.07.2023, <https://justizministerium.hessen.de/presse/pressearchiv/ki-projekt-codefy-am-landgericht-frankfurt-gestartet>

¹⁴ Proxy-Variable, Academic, <https://de-academic.com/dic.nsf/dewiki/1136505>

¹⁵ Artificial Intelligence and Law Enforcement, Juli 2020, [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2020/656295/IPOL_STU\(2020\)656295_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2020/656295/IPOL_STU(2020)656295_EN.pdf)

Die Cybercrime-Abteilung der Generalstaatsanwaltschaft Köln hat in Kooperation mit der Universität Saarland und Microsoft Deutschland ein maschinelles Lernen-System zur Identifizierung und Klassifizierung von kinder- und jugendpornografischen Inhalten. Die bayerische Justiz arbeitet mit einem niederländischen Forschungsteam an einer Methode zur analytischen Durchsuchung des Darknet. Ein weiteres Projekt der Universität Köln in Zusammenarbeit mit dem Fraunhofer-Institut ist ebenfalls ein System maschinellen Lernens, dessen Ziel die Erstellung einer aussagekräftigen Datenbank von verhängten Strafen und den zugehörigen Strafzumessungsaspekten ist.¹⁶

II. Justiz in der freien Wirtschaft

Der Fokus für Kanzleien liegt bei der Nutzung von KI wesentlich auf der Verbesserung der Serviceleistung für den Mandanten. Dabei sind Chatbots sowie Systeme zur Textanalyse und Datenauswertung hoch im Kurs. Man verspricht sich davon nicht nur bessere Zusammenarbeit mit Mandanten, auch die Effektivität und Produktivität der anwaltlichen Tätigkeit soll maßgeblich gesteigert werden. Im Folgenden werden diese Faktoren näher ausgearbeitet, um einen Eindruck der Möglichkeiten juristischer KI im Umgang mit Mandaten zu generieren.

1. Verbesserung der Mandantenarbeit

Der Erfolg einer Kanzlei wird zu großen Teilen darüber definiert, wie tief die Bindung zu ihren Mandanten ist. Je intensiver der Beistand und die Beratung der Kanzlei ist, desto stärker binden sich Mandanten an diese. Chatbots ermöglichen es, die Verfügbarkeit der Kanzleien unabhängiger von deren Öffnungszeiten und mehr an die Nachfrage der Kunden anzupassen. Das macht die Rechtsberatung nicht nur zeitlich ungebunden, sondern auch direkter, da keine langwierigen Terminvereinbarungen und damit verbundene Wartezeiten notwendig sind. Durch die ständige Verfügbarkeit fühlen sich Mandanten hinreichend umsorgt, die Zufriedenheit steigt und die Bindung zur Kanzlei verfestigt sich nachhaltig.

Weiter tragen auch Systeme maschinellen Lernens wie beispielsweise JUPUS dazu bei, Anwälten durch Analyse von Kundeninteraktionen ein besseres Verständnis für die Anliegen und Bedürfnisse ihrer Mandanten zu geben. Das Hauptaugenmerk bei der Nutzung von

¹⁶Künstliche Intelligenz in der Justiz, LEGAL-TECH.de, 28.11.2023, https://legal-tech.de/kuenstliche-intelligenz-in-der-justiz-pilotprojekte/#_ftn22

Analysesystemen liegt allerdings in einer der Kernaufgaben eines Anwalts – der Textverarbeitung.¹⁷

2. Steigerung der Effektivität und Produktivität¹⁸

a. Textarbeit

Der Anwaltsberuf besteht im Hauptteil aus dem Auswerten und Verfassen juristischer Dokumente. Durch KI ist es möglich, diesen früher oft langwierigen Prozess einer Simplifizierung zu unterziehen. Zu den hilfestellenden Tools zählen unter anderem Textbausteine zum Erstellen von Verträgen, unmittelbare und eigenständige Übersetzer in verschiedenste Sprachen, Anonymisierungsprozesse, Datenbanken mit Vertragsmustern und den oben angeführten Chatbots. Durch jedes Tool erfährt der bearbeitende Jurist eine Zeitersparnis, welche dann für Recherche, Kundenkontakt und zukünftig auch Training der KI aufgewendet werden kann.

b. Recherche

Doch nicht nur die Textarbeit erfährt durch Zuhilfenahme von KI einen Effektivitätsboost. Auch in der Recherche können Systeme unterstützend wirken. Dabei geht es nicht nur um das Filtern wichtiger Informationen aus Dokumenten, sondern auch maßgeblich um die Strukturierung und Speicherung größerer Datenmengen. Wie vorangehend schon aufgezeigt, sind die momentan vertretenen Systeme bereits sehr gut zur Verwaltung von Daten geeignet. Dabei besteht die Möglichkeit, die KI mit internem Kanzleiwissen anzureichern und somit konkret zu trainieren und zu spezialisieren. Es können dann aus der Datenbank besonders relevante Parameter aus der Rechtsprechung extrahiert werden und mit anderen Dokumenten aus der Datenbank in Kontext gesetzt werden.

c. Marketing

Kanzleien müssen besonders im digitalen Zeitalter eine Onlinepräsenz wahren. Speziell das Akquirieren neuer Kunden kann wesentlich von KI unterstützt werden. Diese ist in der Lage,

¹⁷KI in Kanzleien Magazin, Ausgabe 1 von 24, https://www.ki-in-kanzleien.de/Magazine/FFI_KI-Magazin_01-24.pdf

¹⁸Einsatz von KI in Anwaltskanzleien: So erleichtert künstliche Intelligenz Ihre Arbeit, [anwalt.de](https://www.anwalt.de/rechtstipps/ki_in_kanzleien), 18.04.2024, https://www.anwalt.de/rechtstipps/ki_in_kanzleien

einheitliche Marketingtexte zu formulieren und aus einer Masse bereits vorhandener Beratungsdaten eine Auswahl an Rechtstipps zu generieren. Das hat zu Ziel, dass eine ansprechende Medienpräsenz gewahrt wird. Die KI kann auch auf bestimmte Zielgruppen trainiert werden. Es gilt dabei aber immer zu beachten, dass die von der KI erzeugten Inhalte stets von einer menschlichen Instanz gegengeprüft werden müssen.

D. Grenzen von KI

Als Forschungsgebiet hat sich die künstliche Intelligenz schnell einen hochrangigen Platz erlangt. Die Möglichkeiten, KI zu nutzen und das Leben der Menschen nachhaltig zu vereinfachen, scheinen grenzenlos. Der ganze Optimismus wird allerdings von einem gläsernen Rahmen umgeben, denn bevor ein KI-System eingesetzt werden kann, muss es sowohl ethischen als auch rechtlichen Maßgaben entsprechen. Nachfolgend werden die wesentlichen ethischen und rechtlichen Hürden der KI aufgezeigt.

I. Ethische Grenzen

Das Zentrum ethischer Anforderungen an ein intelligentes System ist die Ausrichtung auf den Menschen. Um eine KI als vertrauenswürdig einzustufen, muss sie während ihrer gesamten Lebensdauer ständig drei Gebote erfüllen: Sie muss rechtmäßig, ethisch und robust sein. Zentral für die Bewertung dieser Frage sind vier von der Europäischen Kommission entwickelte ethische Grundsätze, die ihre Wurzeln in den deutschen Grundrechten haben.

1. Achtung der menschlichen Autonomie

Der Grundsatz der menschlichen Autonomie schützt die freiheitliche und selbstbestimmte Willensbildung und –äußerung des Menschen. Die KI soll demnach keine meinungsbildende, manipulierende oder drängende Wirkung einnehmen, sondern vielmehr Unterstützung hinsichtlich der sozialen, beruflichen und kulturellen Aspekte menschlicher Interaktion leisten. Dazu gehört auch, dass die KI nicht einer automatischen, sondern einer menschlichen Aufsicht unterliegt.¹⁹

2. Schadensverhütung

Die Schadensverhütung basiert im Wesentlichen auf den Grundrechten aus Art. 1 Abs. 1 (Menschenwürde) und Art. 2 Abs. 2 GG (körperliche Unversehrtheit). Die KI ist angehalten, technisch sicher gegen Missbrauch zu sein und Schäden weder zu verursachen noch zu verschlimmern. Es ist außerdem vorausgesetzt, besonders Schutzbedürftige wie Minderjährige, Menschen mit Behinderung und Minderheiten jeglicher Art auch in besonderem

¹⁹ ETHIK-LEITLINIEN FÜR EINE VERTRAUENSWÜRDIGE KI, eingesetzt von der Europäischen Kommission, Juni 2018, Rn. 50, <https://op.europa.eu/de/publication-detail/-/publication/d3988569-0434-11ea-8c1f-01aa75ed71a1>

Maß zu schützen und ungleiche Macht- oder Informationsverhältnisse (z.B. Arbeitgeber zu Arbeitnehmer; Regierung zu Bürgern) zu beachten. Auch der Schutz der natürlichen Umwelt soll gewahrt werden.²⁰

3. Fairness

Fairness ist, ebenso wie künstliche Intelligenz selbst, kein allgemein definierbarer Begriff. Jeder Mensch hat ein eigenes Verständnis von Fairness. Als ethischer Grundsatz ist damit allerdings die Gewährleistung gemeint, dass Kosten und Nutzen gleich und gerecht verteilt werden. Der von der Europäischen Kommission hier verwendete Begriff ist in diesem Aspekt im deutschen Rechtssystem am ehesten mit dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz vergleichbar. Hinzu kommt der Schutz vor Diskriminierung, Stigmatisierung und verzerrenden Inhalten. Die EU-Kommission verspricht sich besonders von der Einhaltung des letzten Aspekts eine Verbesserung gesellschaftlicher Fairness. Die Chancengleichheit soll ebenfalls auf sämtlichen Ebenen gefördert werden. Der künstlichen Intelligenz obliegt außerdem, eine Abwägung über konkurrierende Interessen zu treffen und diese in ein Gleichgewicht zu bringen. Teil des Fairness-Grundsatz ist zudem, wirksam einen Rechtsbehelf gegen Entscheidungen des KI-Systems sowie deren Betreiber einzulegen. Das setzt im Umkehrschluss zusätzlich die Identifizierbarkeit dieser voraus.²¹

4. Erklärbarkeit

Erklärbarkeit lässt sich in den Ethik-Richtlinien mit Transparenz übersetzen. Dazu gehört, dass der Verbraucher genau weiß, wie das KI-System funktioniert und welches Ziel es verfolgt. Nur wenn der Nutzer ein umfassendes Bild über die Funktionsweisen des Systems hat, ist er in der Lage, frei über die Benutzung zu entscheiden und diese Erklärung im Zweifel auch anzufechten. Bei sogenannten „Blackbox-Algorithmen“ ist eine technische Erklärung über die Funktionsweisen und Entscheidungsmechanismen der KI nicht hinreichend möglich. Für diese gelten andere Maßnahmen zur Erklärbarkeit. Es muss die Möglichkeit

²⁰ ETHIK-LEITLINIEN FÜR EINE VERTRAUENSWÜRDIGE KI, eingesetzt von der Europäischen Kommission, Juni 2018, Rn. 51, <https://op.europa.eu/de/publication-detail/-/publication/d3988569-0434-11ea-8c1f-01aa75ed71a1>

²¹ ETHIK-LEITLINIEN FÜR EINE VERTRAUENSWÜRDIGE KI, eingesetzt von der Europäischen Kommission, Juni 2018, Rn. 52, <https://op.europa.eu/de/publication-detail/-/publication/d3988569-0434-11ea-8c1f-01aa75ed71a1>

bestehen, Entscheidungsprozesse der KI rück zu verfolgen und nachzuprüfen. Die Grundvoraussetzung ist dabei immer die Achtung der Grundrechte. Abgesehen davon ist auch die Schwere der Konsequenz ein wichtiger Faktor.²²

5. Konkurrenzen

Bei der Einhaltung der o.g. ethischen Grundsätze können Konflikte entstehen. Von den Betreibern ist nicht zu erwarten, eine formal richtige Entscheidung zu treffen, wie der Konflikt zu lösen ist. Es wird lediglich eine umfassende Reflexion der Problematik sowie eine faktisch basierte Entscheidung vorausgesetzt. In manchen Fällen kommt eine Konfliktlösung nicht in Betracht, da beispielsweise Art. 1 Abs. 1 GG nicht mit anderen Grundrechten aufgewogen werden kann.²³

II. Rechtliche Grenzen

Im Wesentlichen erfährt KI eine rechtliche Einschränkung auf zwei Ebenen. Zunächst ergeben sich Probleme aus dem nationalen Recht, ergänzend dazu gelten die Normen des im März 2024 von der EU verabschiedeten KI-Gesetz.

1. KI-Gesetz der EU

Das KI-Gesetz der EU stellt die Vertrauenswürdigkeit der KI sicher, um im globalen Wettbewerb zu bleiben. Besonders im Fokus stehen dabei Sicherheit, Transparenz, Ethik, unparteiisch und Unparteilichkeit und menschliche Kontrolle. Dabei soll vorrangig die Einhaltung grundrechtlicher Normen wie unter anderem Art. 1 Abs. 1 (Schutz der Menschenwürde), Art. 92 (Gesetzlicher Richter), Art. 97 Abs. 1 (richterliche Unabhängigkeit) und Art. 1 GG i.V.m. Art. 20 Abs. 3 bzw. Art. 6 EMRK (faïres Verfahren als Ausdruck von Rechtsstaatlichkeit) gewährleistet werden.²⁴

²² ETHIK-LEITLINIEN FÜR EINE VERTRAUENSWÜRDIGE KI, eingesetzt von der Europäischen Kommission, Juni 2018, Rn. 53, <https://op.europa.eu/de/publication-detail/-/publication/d3988569-0434-11ea-8c1f-01aa75ed71a1>

²³ ETHIK-LEITLINIEN FÜR EINE VERTRAUENSWÜRDIGE KI, eingesetzt von der Europäischen Kommission, Juni 2018, Rn. 54, <https://op.europa.eu/de/publication-detail/-/publication/d3988569-0434-11ea-8c1f-01aa75ed71a1>

²⁴ Europäisches Parlament, KI-Gesetz: erste Regulierung der künstlichen Intelligenz, veröffentlicht am 08.06.2023, überarbeitet am 13.03.2024, <https://www.europarl.europa.eu/topics/de/article/20230601STO93804/ki-gesetz-erste-regulierung-der-kunstlichen-intelligenz>

Eine Besonderheit hier ist auch der Bezug zu der *lege ferenda*, dem zukünftig geltenden Recht. Die EU plant weitere Diskussionen bezüglich entscheidungsvorbereitender Systeme, deren Anwendung und Maßnahmen besonders bei fehlerhafter Anwendung eine kritische Auseinandersetzung erfordern.

2. Nationales Recht

Weiter sind auch im nationalen Recht Grenzen, die die Einsatzbereiche der KI einschränken. Dabei geht es im Kern um den Schutz von Grundrechten der Bürger, die durch den Einsatz von KI möglicherweise nicht mehr voll gewährleistet werden können.

a. Artikel 92 GG

Art. 92 GG setzt voraus, dass Rechtsprechung einem Richter obliegt. Einer künstlichen Intelligenz Entscheidungsmacht einzuräumen würde demnach schon an dem personalen Element scheitern, da der Urteilsspruch nach geltendem Recht von einer natürlichen Person erfolgen muss. Damit verbunden ist unter anderem § 9 Nr. 4 DRiG, der von Richtern eine soziale Kompetenz erfordert, welche KI schon von Konzipierungswegen nicht erfüllen kann.

Ebenfalls im Hinblick darauf könnte eine entscheidende KI gegen Art. 101 GG, dem Recht auf den gesetzlichen Richter, verstoßen. Dieses Problem umgeht man durch den Einsatz künstlicher Intelligenz lediglich als Verwaltungsassistent. Entscheidungsvorbereitende Systeme sind weiterhin noch eine Grauzone. Konditionalsysteme, die keine eigene Auslegung des Gesetzes vornehmen, stellen keine verfassungsrechtliche Problematik dar. Allerdings sind diese nicht in der Lage, Einzelfälle hinreichend zu analysieren, da es ihnen an der komplexen Bezugnahme fehlt. Bei lernenden Systemen besteht das Potenzial der Blackbox, wo die Grenze zwischen menschenbasierter und technologischer Entscheidung undefinierbar verschwimmt. Mithin ist eine solche Art des Systems nicht zulässig, um Entscheidungen mitvorzubereiten.

b. Artikel 97 Abs. 1 GG

Die stärkste Grenze der KI ergibt sich aus Art. 97 Abs.1 GG, der die richterliche Unabhängigkeit regelt. Danach müssen Richter auch eine fachliche Kompetenz zur Berufsausübung

aufweisen. Das erstreckt sich über Rechtsverständnis und Rechtsmethodik zu einer individuellen Einzelfallbewertung. Gerade diese sind durch ein lediglich aus Mustern lernendes System nicht möglich, da in allen Entscheidungen eine emphatische Komponente einfließt.

Wie in den ethischen Grenzen der Achtung der menschlichen Autonomie bereits ausgeführt, soll die KI nicht den Zweck verfolgen, eine Willensbildung zu forcieren. Durch zu starke Einbindung künstlicher Intelligenzen ergibt sich eine erhöhte Fehleranfälligkeit bei Entscheidungen. Dazu entsteht die Gefahr, dass Urteile zu standardisiert ausfallen könnten.

c. Artikel 103 GG

Auch das Recht auf richterliches Gehör gem. Art. 103 GG schränkt den Einsatz von KI stückweise ein. Dabei kommt es im Wesentlichen auf die Voraussetzung aus Art. 92 GG an, den Richter als natürliche Person wahrzunehmen. Das heißt unter anderem auch, dass die Prozessparteien einen Vortrag vor dem Gericht halten, welcher in die Entscheidung mitfließt. Eine Vollautomatisierung von Gerichtsprozessen wäre damit unzulässig. Dagegen wäre es aus Art. 103 GG durchaus möglich, entscheidungsunterstützende KI zum Einsatz zu bringen. Maßgeblich ist immer die Durchführung einer mündlichen Verhandlung mit einem menschlichen Richter, der eine von der Technologie unabhängige Entscheidung trifft.

d. Artikel 19 Abs. 4 GG

Das Gebot effektiven Rechtsschutzes konzentriert sich wesentlich auf den Zugang zur Gerichtsbarkeit. KI kann dabei zwar beispielsweise mit Chatbots unterstützen, allerdings muss auch eine analoge Zugangsform zu den Gerichten bestehen. Das hat vor allem den Hintergrund, dass jedem die Möglichkeit geboten werden muss, rechtlichen Beistand zu ersuchen und Rechtsberatung in Anspruch zu nehmen. Problematisch ist auch hier das System der Blackbox, da eine nicht hinreichende Rückverfolgbarkeit von Entscheidungsprozessen sich maßgeblich auf den Einsatz von Rechtsmitteln auswirken kann.

E. KI in der Lehre

Mit zunehmender Digitalisierung und Verbreitung von Künstlicher Intelligenz in der Arbeitswelt, der Lehre und Hochschulpolitik, stellen sich auch zunehmend Fragen hinsichtlich der KI als Teil der juristischen Ausbildung. Es gibt bereits erste Strukturen, die künstliche Intelligenz in die juristische Lehre einbinden. Eine konkrete Einbindung in das klassische Jura-Studium hat bisher noch nicht stattgefunden. Im Folgenden werden die bereits vorhandenen Formate erörtert sowie ein erster Ausblick darauf gegeben, wie eine solche Einbindung aussehen kann.

I. Studieren mit KI

Aufgrund des zunehmenden Markts an KI entwickeln sich auch neue Studiengänge, die sich konkret mit dem Umgang, der Entwicklung, sowie den Chancen und Risiken auseinandersetzen. Auch gibt es Wahlkurse, Wahlfächer in bereits existierenden Studiengängen und vieles mehr. Wer sich mit KI im Studium befassen möchte, findet eine große Anzahl an Möglichkeiten. Es gibt Studiengänge, die sich teilweise oder ganz auf Künstliche Intelligenz ausrichten und sich mit Datenanalyse und –verarbeitung, aber auch mit Implementierungen und Modellierung von Algorithmen befassen.

1. Eigener Studiengang KI

a. Beispiel Artificial Intelligence (M.Sc.) an der FAU

Ein Beispiel für KI als Studiengang findet sich im Studienangebot der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, welche den Studiengang Artificial Intelligence (M.Sc) als internationalen Master Studiengang anbieten.

Hier baut der Studiengang auf drei Hauptsäulen auf: 1. Symbolische KI (Expertensysteme & Logikkalküle), 2. Subsymbolische KI (Deep & Maschine Learning) und 3. KI-Systeme und ihre Anwendungen (s.o.). Er wird vollständig auf Englisch gelehrt und gehört zu den Ingenieurwissenschaften. Nach Abschluss des Studiums sollen die Studierenden nicht nur die Funktionsweisen von KI verstehen, sondern auch in der Lage sein, sie korrekt anzuwenden und in Unternehmen zu integrieren.

b. Data Science

Data Science bezeichnet den Bereich der Datenanalyse und der Datenverarbeitung. Sie befasst sich mit der Entnahme von Daten und nutzt KI und ML (Maschinelles Lernen), um Wissen zu generieren. KI dagegen bezieht Daten aus Algorithmen und Modellen und ist in der Lage, auf dieser Basis neues Wissen aufzubauen. KI konzentriert sich dabei im Gegensatz zu Data Science auf konstruktive Modellierungen & Implementierungen von Algorithmen, neuronalen Netzen, Datenstrukturen und deren jeweilige Anwendungen.

c. Legal Tech

Legal Tech spezialisiert sich auf die Fachkompetenz für Digitalisierung in der Rechtsberatung. Hier wird gelehrt, wann es sinnvoll ist Prozesse zu digitalisieren, sowie das Herausarbeiten von Abläufen und Optimierungen. Hierbei geht es hauptsächlich darum, umständliche Abläufe in das Zeitalter der Digitalisierung einzuführen. In der Ausbildung findet sich Legal Tech vor allem Spezialisierungen in Formen von LL.M.s wieder. Der LL.M. Legal Tech umfasst meist größere Themenbereiche wie Big Data, Künstliche Intelligenz, Smart Contracts, Chatbots, rechtliche und technische Einordnung von Algorithmen, Cybercrime und weitere Ähnliche.

2. KI im Jura-Studium

Noch spielt die Künstliche Intelligenz eine untergeordnete Rolle in der juristischen Ausbildung. Aus den exponentiell steigenden Nutzungsmöglichkeiten ergeben sich auch die ersten Möglichkeiten für Studierende, sich in ihrer juristischen Ausbildung mit der KI befassen können. Immer mehr Lehrende und Hochschulen zeigen sowohl Interesse als auch Bedenken hinsichtlich möglicher Einbindung von KI im Studium. Wie weit sich oben genannte Teilgebiete und Studiengänge mit der Rechtswissenschaft vereinen lassen und inwieweit dies notwendig ist, soll im Folgenden erörtert werden.

a. Bereits bestehende Lehrangebote

aa. Begleitstudium „Rechtsfragen der Künstlichen Intelligenz“ der HHU

Die Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf bietet dazu (KI) jährlich ein Begleitstudiengang „Rechtsfragen der Künstlichen Intelligenz“ an, welches zum Sommersemester beginnt und im Wintersemester zu Ende geführt wird. Am Ende steht ein Zertifikat zur Bescheinigung

über der Teilnahme und erbrachte Leistungen in Aussicht. Das Begleitstudium konzentriert sich dabei auf das Grundverständnis der Möglichkeiten des Einsatzes von Künstlicher Intelligenz bei der Rechtsanwendung (Legal Tech), sowie spezifisch rechtliche Fragen rechtstheoretischer bis rechtsethischer Herkunft bis hin zu konkreten logischen Folgerungen verschiedener Rechtsbereiche²⁵.

bb. Schwerpunkt „Digital Law - Recht der digitalen Gesellschaft“ der Universität Osnabrück

Die Universität Osnabrück bietet unter zahlreichen Schwerpunkten im Jura Studium auch den Schwerpunktbereich 4: „Digital Law - Recht in der Digitalen Gesellschaft“ an. Der Schwerpunkt beschäftigt sich mit Themen wie Datenschutz, Cybercrime und Legal Tech und greift darunter die Fragen von Meinungsfreiheit innerhalb Social Media Plattformen wie Meta, Facebook und Instagram auf; beschäftigt sich mit der Verantwortung bei Problemen beim Online-Kauf bei Anbietern wie Amazon, Zalando und CO. oder aber auch der Privatsphäre in der Datengesellschaft²⁶. Innerhalb dieses Schwerpunktes lassen sich auch verschiedene Wahlkurse wie beispielsweise KI & Recht wählen, welcher sich als Einführung in die Thematik selbstlernender algorithmischer Systeme eignet und anhand von Beispielen zeigt wie die Rechtsanwendung automatisiert werden kann und wo die Grenzen des „Computational Law“ liegen.

cc. AI in Law School

Auch im Ausland nimmt das Thema über KI immer mehr zu und wird auch an Universitäten hinsichtlich des Rechts thematisiert. 2018 begann bereits am Solomon Center for Health Law and Policy an der Yale Law School eine Konferenz über rechtliche, ethische und Gerechtigkeitsfragen rund um KI. Prof. Scott Sharpio (Professor für Recht an der Yale Law School) entwickelte zusammen mit seinen Studenten und dem DocProject ein KI-Modell für den Einsatz von Medienrecht, das Dokumentarfilmen eine rechtliche pro bono Vertretung bietet. Weiterhin plant Sharpio die Leitung eines KI-Labores in dem Studenten, Programmierer und Informatiker „juristisch verantwortliche“ KI-Modelle entwickeln, welche sich später für den Einsatz in Rechtskliniken leiten sollen. Auch eine Cybersecurity-Kurs gibt es an

²⁵ <https://www.jura.hhu.de/zusatzangebote/begleitstudiengaenge/begleitstudium-zu-rechtsfragen-der-kuenstlichen-intelligenz>

²⁶ https://www.jura.uni-osnabrueck.de/studium/schwerpunktbereiche/schwerpunkt_8a_digital_law_ab_bose_21.html

der Yale Law School, in welchem Studenten lernen können zu hacken, um zu verstehen wie man Cyberkriminalität in der Praxis angeht²⁷.

Auch die Harvard Universität in Boston, USA beschäftigt sich in Kooperation mit dem Berkman-Klein-Center mit der Initiative „Initiative on Artificial Intelligence and the Law“ (IAIL) mit den Herausforderungen und Chancen für das Gesetz, welche mit dem Aufstieg der Künstlichen Intelligenz einhergehen²⁸

Auch hinsichtlich Prüfungen und Prüfungsleistungen nehmen die unterschiedlichsten Universitäten in ihren Prüfungsordnungen Stellungen zur Verwendung von künstlicher Intelligenz. So heißt es bspw. In den Richtlinien der Georgia State University College of Law: *„(4) Using artificial intelligence (“AI”) models and applications, including but not limited to machine learning, deep learning, neural network, natural language processing or any predictive language models or applications, to complete an assignment or assessment unless the use of AI is specifically permitted by the course instructor. Legal research systems, word processing programs and their standard tools (e.g., spelling, grammar, and plagiarism checks) or automatic cite checkers — i.e. machine processes that do not create content but review student-created content for common errors or omissions — are not considered AI or an AI tool unless otherwise expressly stated by the instructor consistent with Section 3.2.“*²⁹ Hierbei stellt die Georgia Universität nicht nur klar, in welcher Weise sie KI definieren und was sie als dazugehörig empfinden oder nicht, sondern auch in welchem Maße und unter welchen Bedingungen sie den Einsatz der KI erlauben bzw. untersagen.

²⁷ <https://law.yale.edu/yls-today/news/yale-law-school-shapes-future-artificial-intelligence>

²⁸ <https://cyber.harvard.edu/projects/artificial-intelligence-and-law>

²⁹ <https://law-arizona.libguides.com/c.php?g=1301273&p=9838357#:~:text=Pursuant%20to%20these%20policies%2C%20the,the%20instructor%20as%20an%20appropriate>

b. Möglicher Einsatz der KI in der juristischen Lehre

Künstliche Intelligenz hat viele Facetten, die sich unterschiedlich in die Lehre miteinbringen lassen. Ein mögliches Einsatzgebiet sind adaptive Lernplattformen, die einen personalisierten Lernweg gestalten, welcher sich automatisch an die individuellen Bedürfnisse, Fähigkeiten und Lernfortschritte des einzelnen Lernenden anpasst. Naheliegender erscheint zudem Hilfe bei Hausarbeiten und Klausuren durch Chatbots wie ChatGPT. Vonseiten der Lehrenden wäre auch eine Hilfestellung von KI bei Bewertungen denkbar.

aa. Bewertungen von Gutachten und Klausuren

Eine Überlegung der Einbindung von künstlicher Intelligenz wäre beispielsweise die Korrektur von Klausuren oder dem Examen im Jurastudium. An der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg wird seit dem Vorlesungsbeginn des WS 23/24 mit Einsatz von Künstlicher Intelligenz das Korrigieren juristischer Probeklausuren getestet. In einem Online-Kurs über die virtuelle Hochschule Bayern (via) können Studierende erste Formulierungen von Obersatz, Untersatz und Schlusssatz von einer KI (ChatGPT) korrigieren lassen, bevor sie es für eine menschliche Überprüfung einsenden³⁰. Dies könnte zukünftig zu einem ersten Vergleich zwischen KI und Korrektor*innen führen³¹.

bb. Unklarheiten

KI noch längst nicht in allen Prüfungsordnungen an deutschen Universitäten integriert. Dabei bleibt die Gewichtung von KI, die zugelassenen Systeme und eine je nach Entwicklungsstand unvermeidbare Nutzung von KI zu diskutieren.

Erst vor kurzem hat C.H.Beck damit begonnen, seine Datenbanken mit einem Chatbot namens „Beck-Chat“ online zu schalten, welcher vorerst für einen kleinen Nutzerkreis als Testphase zugänglich sein soll. „Beck-Chat“ ist hier eine KI-basierte Softwareanwendung, die Juristen*innen bei Recherchen unterstützen soll und bei Rechtsfragen mit der Datenbank interagieren kann³².

Auch Office 365 wird mittels KI unterstützt³³. Sei es in der Autokorrektur von Word-Dokumenten, automatischen Formatierungen bei PowerPoint oder möglichen vorgeschlagenen

³⁰ <https://www.jura.rw.fau.de/chat-gpt-korrigiert-an-der-fau-juristische-probeklausuren/>

³¹ <https://www.jura.rw.fau.de/chat-gpt-korrigiert-an-der-fau-juristische-probeklausuren/>

³² <https://www.boersenblatt.net/news/ki-funktion-beck-chat-als-beta-test-gestartet-328297>

³³ <https://news.microsoft.com/de-de/ki-office-365/>

Formulierungshilfen – kleine Bedienungshilfen, die für Studierende und Lehrende gleichermaßen nicht mehr wegzudenken sind.

Umso differenzierter und definierter muss vorgegangen werden, wenn die KI in Bezug auf Prüfungsleistungen und Prüfungsordnungen Einzug bekommt. Wie weit wird hier die Nutzung der KI gesehen? Ist ein komplettes Verbot überhaupt noch möglich? Wie bewerte ich KI unterstützte Leistungen - oder besser - wie finde ich heraus, dass die Leistung mithilfe von Künstlicher Intelligenz erbracht wurde?

II. KI als fester Bestandteil des Jura-Studiums

Die Integration von Künstlicher Intelligenz (KI) im Jurastudium ist noch in den Anfangsstadien, gewinnt aber an Bedeutung. Einige Fakultäten bieten bereits Kurse und Workshops zu Legal Tech und KI an, es gibt Projekte, Praktika und Forschungsarbeiten in diesem Bereich. Zukünftig könnten KI und Legal Tech feste Bestandteile des Curriculums werden, interdisziplinäre Programme entwickelt und KI-Tools im Studienalltag integriert werden. Diese Veränderungen zielen darauf ab, Jurastudenten auf die technologischen Anforderungen der modernen Rechtswelt vorzubereiten und ihnen zusätzliche Kompetenzen für ihre berufliche Zukunft zu vermitteln.

F. Chancen und Risiken

I. Vorteile einer Juristischen Ausbildung mit KI

1. Für die Studierenden

KI-basierte Systeme wie ChatGPT geben Studierenden die Möglichkeit, komplexe Fragestellungen oder Fallkonstruktionen einzugeben und sich eine Erklärung in einfacherer und verständlicher Sprache einzuholen. Das macht den abgefragten Stoff leichter zugänglich, was besonders schwächere Studierende unterstützt. Auch hinsichtlich des Zeitmanagements in der Klausurenphase gibt es verschiedene KI-Systeme, die dem Studierenden einen möglichst effektiven Lernplan erstellen. Selbst hinsichtlich der Examensvorbereitung schlägt ChatGPT Möglichkeiten vor, wie die KI Unterstützung leisten kann, beispielsweise durch die Bereitstellung von Übungsfragen - und fällen einschließlich Musterlösungen, sowie möglichen mündlichen Fragen.

2. Für die Lehrenden

Nicht nur Studierenden können die künstliche Intelligenz nutzen, um ihren Alltag einfacher zu gestalten. Auch Lehrende haben dadurch eine viel breitere Auswahl an Gestaltungsmöglichkeiten für ihre Studieninhalte, um schneller und effizienter Informationen zu erhalten und weiterzugeben. Auch in der Forschung kann die KI unterstützen, indem sie beispielsweise effektivere Rechtsrecherche nach relevanten Gesetzen, Fällen und Urteile betreibt (z.B. „Beck-Chat“).

Auch kann eine KI eine Datenanalyse zu Mustern und Tendenzen in der Rechtsprechung erstellen. Dem Lehrenden kann es durch Systematiken wie beispielsweise Text-to-Speech oder auch KI generierte Untertitel von Vorlesungen, wie sie unter anderem die FAU nutzt, zu mehr Barrierefreiheit verhelfen. Gerade weil sich KI immer mehr zum Trend durchsetzt und damit verbunden immer häufiger neue Fragestellungen aufkommen bietet künstliche Intelligenz als Fachgebiet noch immer großes Forschungspotenzial, da noch viele neue Erkenntnisse gezogen und weitere Anreize geschaffen werden müssen, wie zu einer Einführung oder Spezialisierung in KI-Recht.

II. Nachteile einer Juristischen Ausbildung mit KI

1. Für Studierende

Welche Folgen die Nutzung einer KI im Studium haben könnte, beantwortet ChatGPT selbst³⁴. Dabei wies das System auf die Qualität wie auch die Zuverlässigkeit von KI hin. Oft bestehe das Risiko, falsche oder irreführende Informationen zu erhalten. Insbesondere wäre dies dann der Fall, wenn die Daten die im System eingegeben wurden, nicht präzise genug wären.

Auch die Aktualität der KI wäre ein großes Manko. Da sich unsere Rechtsprechung kontinuierlich ändert, aktualisieren sich selbst KIs nicht immer schnell genug, wenn sie nicht regelmäßig mit neueren Informationen gefüttert werden um auf den neusten Stand zu bleiben.

Auch Aspekte hinsichtlich der rhetorischen Fähigkeiten, besonders das Argumentieren und Diskutieren stechen heraus. ChatGPT merkt hier an, dass die Juristische Ausbildung aus Diskussionen und den Austausch von Argumenten besteht und hier nicht durch eine KI ersetzt werden kann. Auch die Mehrdeutigkeit von Gesetzen und Rechtsfällen stellt eine KI vor eine Herausforderung, sowie auch die potenzielle Abhängigkeit von der KI, die folglich in einem Verlust wichtiger juristischer Fähigkeiten resultiert.

2. Für Lehrende

Ein Nachteil, den sowohl Lehrende als auch Studierende erfahren können, ist der Umgang mit technischen Geräten und Software im Zeitalter der Digital Natives. Während die nächsten Generationen bereits mit Smartphone und KI in der Wiege aufwachsen und den Umgang damit auf natürliche Weise lernen, müssen ältere Generationen mehr Zeit und Verständnis in den Umgang mit KI legen. Bleibt man hier nicht auf dem neusten Stand können beispielsweise bestimmte technisch erbrachte Leistungen von Studierenden möglicherweise unentdeckt bleiben und wahrheitswidrig als ihr Eigen ausgegeben werden. Auch der im Jurastudium ohnehin harte Konkurrenzkampf könnte sich künftig stärker an den Fähigkeiten im Umgang mit KI und Technologie messen. Darüber hinaus besteht auch hier das Potenzial einer Abhängigkeit der KI, die durch das Ausfallen von Technik zu immensen Folgen führen kann.

³⁴ <https://chatgpt.com/c/3500986d-da79-4245-99f4-e3edf4d16a84>

Auch ist künstliche Intelligenz ein hoher Kostenfaktor. Die Anschaffung und Implementierung kann gegebenenfalls immense Investitionen mit sich bringen, die je nach Nutzungsintensität des Verbrauchers wenig oder stark lohnenswert ist. Auch hier liegt es unter anderem am Nutzer selbst, wie affin dieser im Umgang mit einer künstlichen Intelligenz ist. Allerdings sind die Anschaffungskosten nicht die einzige Ausgabe. Auch die Wartung sowie Schulungen für die Nutzer können ein kostspieliger Faktor sein, welcher nicht außer Acht gelassen werden sollte.

III. Konkurrenzen

1. Lernmethoden

Die Nutzung künstlicher Intelligenz kann aber auch Konkurrenzen zwischen Studierenden und Lehrenden hervorbringen. Sie kann einen Anreiz zur ständigen Selbstoptimierung geben und gleichzeitig das Gefühl vermitteln, möglicherweise nicht dem gewünschten Standard zu entsprechen.

Wenn Studierende den gesamten Stoff künftig über ChatGPT oÄ vermittelt bekommen, durch eine individuell zugeschnittene, effektive Lernmethode, könnten Dozenten und Tutoren in ihrem Lehrauftrag behindert werden, was wiederum zu Spannungen im universitären Leben führen kann. Dabei sollte nicht außer Acht gelassen werden, dass menschliche Lehrende auf individuellere, abstraktere und noch nicht entschiedene Fragen prinzipiell besser Antwort geben können als eine KI, welche ggf. noch mit nötigen Informationen trainiert werden müsste. Andererseits lassen sich durch Einsparnisse im Lehrpersonal Gelder der Universität Gelder anderweitig genutzt werden (bspw. Wartungen von KI).

2. Wettbewerbsfähigkeit

Auch hinsichtlich der Wettbewerbsfähigkeit kann die KI Reibungen unter Studierenden und Lehrenden erzeugen. Studenten können KIs nutzen um KI-geschützte Lernmethoden zu nutzen und zu bevorzugen, was den Druck auf den Lehrenden erhöht, ihre Präsenzveranstaltungen ansprechender zu gestalten. Lehrende die hier an traditionellen Lernmethoden festhalten, könnten Schwierigkeiten in der Erfüllung der Erwartungen zukünftiger Generationen haben. Auch international gesehen nutzen immer mehr Universitäten und Rechtssysteme künstliche Intelligenz und machen sich im Wettbewerb dadurch attraktiver.

3. Konkurrenzfähigkeit

Neben der Wettbewerbsfähigkeit spielt auch die Konkurrenzfähigkeit eine Rolle. Studierenden können KI nutzen um komplexe Datenanalysen durchzuführen und innovative Forschungsideen zu entwickeln, welche den Druck auf Lehrende erhöhen auf den neusten Stand der Forschung zu bleiben. Dabei müssen die Lehrende ihre Forschungsstrategien möglicherweise anpassen und intensiver mit KI arbeiten um konkurrenzfähig zu bleiben

4. Ethik und Verantwortung

Zuletzt haben Lehrende auch die Verantwortung, ethische Richtlinien für den Einsatz von KI Grenzen zu setzen und zu vermitteln. Dies könnte jedoch möglicherweise in Konflikt mit der Ansicht der Studierenden stehen.

G.Fazit

Das Gutachten setzt sich im Wesentlichen mit der Frage auseinander, unter welchen Voraussetzungen eine Einbindung von KI in die juristische Lehre stattfinden kann. Dazu wurde zunächst beleuchtet, was nach heutigem Standard unter künstlicher Intelligenz zu verstehen ist und welche Einsatzgebiete sie im juristischen Alltag unterstützt. Dabei ist festzustellen, dass sich der Begriff der künstlichen Intelligenz nicht ohne tiefergehende Betrachtung definieren lässt. Über die Einteilung in die Bereiche wissensbasierte Systeme, maschinelles Lernen und Deep Learning können allerdings sämtliche bereits umgesetzten intelligenten Systeme beschrieben werden.

In juristischen Berufen werden diese Systeme zu unterschiedlichsten Zwecken verwendet. Während die staatliche Justiz gerade bei Massenverfahren einen künstlich intelligenten Verwaltungsassistenten verwendet, steht bei Kanzleien die Optimierung des Kundenservice im Fokus. Dabei nimmt KI immer eine unterstützende, nie eine entscheidende Position ein.

Anschließend daran wurden auch die Grenzen von KI beleuchtet, um einen Eindruck zu gewinnen, welche Möglichkeiten der KI vonseiten der Ethik und des geltenden Rechts operabel sind. Beide stellen die freie und autonome Willensbildung des Menschen an oberste Stelle.

Die universitäre Lehre bietet bereits jetzt einen Platz für KI. Obgleich sich die Lehre von künstlicher Intelligenz auf ein ganzes Studium erstrecken kann, so ist sie in der juristischen Lehre in Deutschland eher als Zusatzangebot vertreten. Die Frage nach einer festen Integration von KI-bezogenen Inhalten in das Jurastudium bedarf auch einer Abwägung der Chancen und Risiken für die Teilnehmer am universitären Leben.

Es gilt dabei allerdings zu beachten, dass alle aktiven Systeme unter den Begriff der schwachen KI zu subsumieren sind und damit immer eines Trainings durch fachkundige Nutzer bedürfen. Hinzu kommt, dass die Benutzeroberflächen der intelligenten Systeme kein umfassendes technisches Wissen erfordern, sondern vielmehr auf eine einfache Bedienung für den Nutzer und eine umfassende Lernfähigkeit für das System konzentriert sind.

Eine abschließende Abwägung, ob künstliche Intelligenz fester Bestandteil der juristischen Lehre werden soll, kann in Zeiten der rasanten Entwicklungen und ruheloser Forschung nicht getroffen werden. Es ist jedoch ratsam, sich bereits jetzt mit dem Effekt auf die juristische Lehre auseinanderzusetzen, um nicht unvorbereitet in die Diskussion zu gehen. Der

Umgang mit KI wird mit zunehmender Verbesserung der Systeme auf lange Sicht zwangsläufig einen Einschlag in die juristische Ausbildung haben.

Es lässt sich mithin festhalten, dass weniger eine Diskussion über die Erforderlichkeit als eine *kritische Auseinandersetzung mit der Art der Vermittlung von KI-bezogenen Inhalten* vonnöten ist. Diese wollen wir in unserem Workshop zusammen mit euch angehen!

Impressum

Herausgeber

Bundesverband rechtswissenschaftlicher Fachschaften e.V.
c/o FSR Rechtswissenschaft der Universität Hamburg
Rothenbaumchaussee 33
20148 Hamburg
www.bundesfachschaft.de
info@bundesfachschaft.de

Text

Johanna Oswald
Laura Regenberg

Unter Leitung von Tiago Sartingen, Vorstand für Inhaltliche Koordination 2023/24